

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erstaussatz:
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35
monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postämtern
und Boten im Orts- u. Nachbarn-
ortsvorkehr viertel M. 1,35,
außerhalb desselben M. 1,35,
Neuzustellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pf.
Auswärtige 10 Pf., die Klein-
spaltige Garmondzeile.
normale 15 Pf. die
Zeile.
Bei Wiederholungen entspe-
ndend.
Abonnements
und Nebeneinkauf.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Wochen-Rundschau.

Dr. P. Die Optimisten, welche die Wetterzeichen, die der Elsaß-Lothringischen Verfassungs-Reform Unheil zu künden schienen, von vornherein nicht allzu tragisch genommen haben, scheinen Recht zu behalten. Seitdem nach dem kurzen Waffenstillstand in der Reichstagskommission das Drei-Stimmen-Kompromiß eine wenn auch nur knappe Mehrheit gefunden hat, können die Aussichten der Vorlage im Plenum als wesentlich günstiger gelten, umso mehr, da man darauf rechnet, daß auch das Zentrum zum Schluß aus seinem Herzen keine Würbergrube machen wird. Wesentlich betrüblicher dagegen sieht es mit der mecklenburgischen Verfassungsreform aus, die durch eine neue Vorlage der Schweriner Regierung bereits ihre vierte, aber freilich keine verbesserte Auflage erlebt, ohne daß die Sache selbst dadurch auch nur um einen Schritt vorwärtsdrückt. Rufen sich doch die privilegierten Ritter, die bei den bisherigen mittelalterlichen Feudalzuständen ihre Rechnung finden, bereits zur Abwehr der neuen verschlimmerten Verfassungsvorlage.

Gegen das Rüstren hat sich in dieser Woche sowohl der Leiter der englischen auswärtigen Politik, Sir Edward Grey, als auch das Unterhaus ausgesprochen, wenigstens in der Theorie. Das englische Parlament hat in dem von der Regierung gebilligten Beschluß zum Ausdruck gebracht, daß das Fortbestehen der Aufrechterhaltung großer Rüstungen zu bedauern sei, aber dies geschah erst, nachdem der erste Lord der Admirals, Mac Kenna, die feierliche Versicherung abgegeben hatte, daß die englische Flotte dank ihrer Stärke von keiner anderen etwas zu befürchten habe. Wenn man also Ursache hat, die vom englischen Unterhaus gegebene Anregung über eine Begrenzung der Flottenrüstungen mit erwartender Zurückhaltung auszunehmen, schon deshalb, weil ein solches Abkommen eine gemeinsame internationale Verständigung voraussetzen würde, so sind jedenfalls die an die Adresse Deutschlands gerichteten aufrichtigen und herzlichen Erklärungen Sir Edward Greys mit lebhafter Befriedigung aufgenommen worden, die auch in der offiziellen Rundgebung der „Nordd. Allg. Zig.“ einen allerdings einschränkenden Ausdruck gefunden haben. Das offiziöse Organ sagte, „wenn man auch dem Gedanken schiedsgerichtlicher Abmachungen noch so sympathisch gegenübersteht, so wird man darin kein Arcanum gegen alle internationalen Mißverständnisse und Mißbilligkei-

ten suchen dürfen.“ Natürlich! Preußen-Deutschland muß gleich wieder mit hemmendem Mißtrauen vorgehen!

Im Uebrigen gibt es für die Engländer noch mehr Gelegenheiten, die praktische Probe auf ihre Friedensliebe machen zu können. So vor allem die Frage der Bagdadbahn. Während die Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland über die Regelung dieses Problems ihren glatten Verlauf zu nehmen scheinen, sind gerade von englischer Seite diesem Kulturwerk noch immer Schwierigkeiten in den Weg gesetzt worden. Erfreulicherweise heißt es ja jetzt, daß das Kabinett von St. James in diesem Falle einer Verständigung zugeeignet sei, die jedenfalls weit leichter zu erzielen wäre, als über das heikle Problem der Rüstungsfragen, die bisher noch jede Friedenskonferenz von der Tagesordnung abgesetzt hat.

Auch eine Art praktischer Friedenskonferenz stellen die zahlreichen Kongresse dar, die in diesem Jubiläumsjahr in der Hauptstadt des geeinigten Italiens zusammenrotten, um so den Glanz der Festlichkeiten zu erhöhen, mit denen die Italiener die Erinnerung an ihre vor 50 Jahren erlangte Freiheit und Einheit feiern. Roma intangibile wird in diesem Jahre eine Art Wallfahrtsort darstellen, freilich nicht im kirchlichen Sinne, denn für den Vatikan ist das Jubiläum der Italiener begreiflicherweise ein Trauerjahr und als solches feierlich erklärt worden. Das hat jedoch nicht verhindern können, daß in Vertretung des Kaisers der deutsche Kronprinz als Gast in Rom erscheinen wird, um die Glückwünsche des deutschen Volkes und des Kaiserhauses der verbündeten Nation und dem König Viktor Emanuel zu übermitteln.

Ob auch Präsident Fallieres zu den Gratulanten gehören wird, das ist in letzter Zeit wieder fraglich geworden, obwohl die Franzosen gewiß alle Ursache haben, durch verdoppelte Liebenswürdigkeit die Italiener über die schmerzliche Erinnerung hinwegzutreiben, daß bei dem Wert der Einigung das Heimatland der italienischen Könige ein „Raub Frankreichs“ geworden ist, welches noch heute, wie die Vorgänge in Marokko zeigen, „einen guten Magen“ hat. Mit dem Verschlingen des Raurenreiches aber hat es noch gute Weite. Rusley Dasid ist unterdessen mit den Russen einigermassen fertig geworden, und so ist den Franzosen wieder einmal ein Vorwand für die erneuten Einmischungsversuche genommen worden.

Mit der analogen politischen Expansionspolitik geht

das Jarenreich China gegenüber vor, und auf die Sprache der diplomatischen Noten wird wohl bald die wiederholt angeordnete Besetzung Kuldichas folgen. Dagegen leugnet die Regierung der Union mit Beharrlichkeit, daß sie sich mit dem Gedanken einer Intervention in dem mexikanischen Bürgerkrieg trage, und kann schon seine Richtigkeit haben, denn da der greise Präsident Diaz noch Manns genug zu sein scheint, um mit den Aufständischen fertig zu werden, so dürften die Panlees bei Zeiten eingesehen haben, daß ihnen angeichts des wachsenden Mißtrauens bei den mittel- und süd-amerikanischen Republiken die mexikanischen Trauben zu hoch hängen.

Deutsches Reich.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. März.

Am Bundesratsstisch Staatssekretär Dr. Desbriand. Präsident Graf Schwerin-Löwig eröffnet die Sitzung um 1.15 Uhr. Die Beratung des

Statt des Innern

wird bei den dauernden Ausgaben fortgesetzt. Beim Kapitel „Allgemeine Fonds“ Titel „Germanisches Museum in Nürnberg“ legt Abg. Pfeiffer (Ztr.) Bewahrung ein gegen die Zentralisationsbestrebungen des Generaldirektors von Tschudi, der die Kostbarkeiten sämtlich nach Berlin in das Kaiser Friedrich-Museum bringen will. Der Titel wird bewilligt.

Gräff-Weimar (wirtsch. Bgg.) begründet eine Resolution auf Einfügung eines Titels „Unterstützung der nationalen Festspiele für die deutsche Jugend in Weimar: 10 000 Mark“. Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.): Wir stimmen dieser Resolution zu. Hedacher (fortsch. Bp.): Der Schillerbund sollte möglichst gefördert werden. Redner tritt für die Pflege der Ideale in der Jugend durch Schulfahrten ein. Die Abstimmung über diese Resolution wird bis zur dritten Lesung ausgesetzt.

Bei dem Titel „Beitrag zu den Kosten der internationalen Organisation für Luftschiffahrt“ fragt Abg. Baffermann (natl.) an, wie es mit der Ausführung einer im vorigen Jahre angenommenen Resolution auf Schaffung einer Reichsanstalt für Luftschiffahrt in Friedrichshafen steht. Abg. Freiber v. Richtigshofen (kons.): Wenn wir auch für eine solche Reichsanstalt nicht eintreten, wären wir doch bereit, eine Privatanstalt zu

Wenn ein Satz stimmt, so beweist das noch nicht, daß es voll ist.
Wilhelm Schuffen.

Theater.

Roman von Ernst Georgy.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Aenne, aber Aenne!“ rief die Mutter ängstlich, „du schickst wohl? Frau Geheimrat Sombacht hat dich schon etwas gefragt.“

Erschrockt fuhr Aenne aus ihrem Gedankenwirlsal empor: „Berzählen Sie, gnädige Frau,“ meinte sie, sich zu der genannten Dame wendend, „ich bin etwas abgesspannt. Ich hatte wirklich nichts gehört.“

„O bitte, liebes Fräulein Götner,“ sagte die Geheimrätin freundlich, „ich wollte mich nur nach Ihrer Freundin Eva erkundigen. Wie geht es der jungen Frau?“

„Danke, gnädige Frau, ausgezeichnet!“ entgegnete Aenne. „Ich hatte gestern eine überglückliche Stunde von dem jungen Pärchen aus Benedig.“

„So so, also sind sie schon auf der Heimreise. Da hat wohl Frau Dettreich viel mit der Einrichtung zu tun. Sie hat schon verschiedene Sitzungen versäumt. Wir sind nämlich zusammen im Vorstand des Frauenvereins.“

„Ich glaube, die Mutter Ihrer Freundin war zuerst sehr zufrieden mit der Wahl ihrer Tochter, sie sprach sich wenigstens über den Mietsamenschied etwas bedenklich aus. Die Dettreichs hätten wohl auch lieber einen Offizier oder einen Mann mit Titel für die hübsche Eva gehabt. Wir schien Frau Dettreich entschieden etwas enttäuscht und zurückhaltend.“

„Auch und Eva haben sich im Sommer auf Vorkum gegenständig bezaunt in einander verliebt, daß den Eltern nichts übrig blieb, als ihren Segen zu geben!“ erwiderte Aenne. „Herr Hellmers hat eine bedeutende Fabrik und kommt aus einer guten Familie. Sein Vater ist in seiner Heimat Stadtverordnetenvorsteher.“

„Wir waren damals auch grade in Vorkum und

mit Herrn Hellmers in einem Ho. A. zusammen,“ warf jetzt eine andere Dame ein. „Aber ich kann nur sagen, daß uns der Mann, abgesehen von seinen ewigen Wipelen und etwas saloppen Formen, auch so recht unsympathisch war. Wir beobachteten ihn schließlich fünf Wochen hindurch.“

Sinnend nickte Aenne die Sprechende an, die ihr als ernste und wohlwollende Person stets sympathisch gewesen war: „Das wäre mir für meine Eva tieferschmerzlich,“ dachte sie laut, „denn deren Charakter ist Gold!“

„Nein, wir hatten von Herrn Hellmers den Eindruck, daß der seine nur Tarnung wäre!“

„Hoffentlich verwehrt er sich an ihrer Seite!“ sagte Aenne seufzend.

Jetzt schlug Aennes zweiter Onkel und ehemaliger Vormund, ein Landgerichtsrat von Hofen, ein helles Gesicht auf. „Das ist wieder einmal die echte Aenne,“ rief er, „die reine Löwin! Mädel, du hast dem Leben gegenüber etwas vom Parzival an dir! — Deine hübsche Eva hast du, glaube ich, immer überschätzt. Ihre Wahl müßte dir doch den Beweis gegeben haben! Wir hat der Bräutigam auf eurer Hochzeit damals recht mißfallen — pardon, wenn ich deine Freundschaftsgeföhle verletzen sollte.“

Ob Aenne etwas entgegenen konnte, hob der Hausherr die Tafel auf, und man begab sich in das Wohnzimmer und den Salon. Die Herren setzten sich zum Rauchen und Kartenspiel nieder. Die Damen plauderten.

Aenne Götner begab sich zu der Regierungsrätin Amrich, die vorher von Hellmers gesprochen, und verwickelte die lebenswürdige Frau in eine längere Unterhaltung über den Vorkumer Aufstand.

Im Verlauf des Gesprächs erzählte Frau Amrich: „Wir hatten den Tisch neben Hellmers und seinem Sozjus und hörten zuweilen sein frivolcs Reden. Ganz offen sagte er, daß er nun von Neffen und Junggeheulenfreunden genug hätte und an die See gegangen sei, sich einen recht reichen Wohlstand zu akquirieren. Täglich studierte er die Kurliste nach ihm bekannten Namen begüterter Familien und

hatte schon verschiedentlich angeknüpft und sich vorgestellt, bis eines Tages Dettreichs am Strande aufsprangen.“

„O Gott!“ rief die atemlos hochgehende Aenne erschreckend aus.

„Aber, liebes Fräulein Götner,“ sagte jetzt die Berichtende erschrocken, „Sie dürfen das nicht tragisch nehmen. Vielleicht gefiel sich Herr Hellmers nur in diesen leichtfertigen Reden. Es gibt solche Herren!“

„Meine Eva das Opfer eines Missethätigers,“ rief Aenne schauernd, „und sie glaubte sich vergöttert. Sie schwor mir in den Vorkumer Wochen.“

„Missethätiger ist wohl zu hart,“ wehrte Frau Amrich erschrocken, „denn schließlich ist Herr Hellmers selbst sehr vermögend. Und Ihre Freundin ist eine hübsche, sehr sympathische Erscheinung, so daß zu seiner vielleicht anfänglichen Verachtung sehr bald echte Verliebtheit gekommen sein mag! Davon bin ich sogar überzeugt, denn wir hörten ihn oft — vor der Verlobung — von Fräulein Dettreich schwärmen.“

Aenne schaute sie blaß und erschrocken an, ohne zu antworten.

Dabei fuhr Frau Amrich beäufstigend fort: „Es ist heutzutage wohl meistens so, daß zuerst die genugsam ernsten, praktischen Dinge durchdacht werden müssen, ehe ein Mann sich einem Mädchen nähern kann. Das hindert weder eine spätere Liebe noch ein eheliches Glück! Und im Ubrigen gibt es genug reiche und schöne Mädchen, in die man sich verlieben kann.“

„Kann!“ wiederholte Aenne bitter. „Und wenn man nicht kann, so spielt man diesem Mädchen eben ein bißchen Komödie vor und erreicht sein Ziel! Oh, wie verächtlich und bezeichnend ist das Wort: Heiratsmarkt! Wie jämmerlich sind diese Männer, die aus Angst vor dem Kampf mit dem Dasein nicht wagen, nach ihrem Herzen zu handeln. Ich möchte mich aus diesem Grunde fast meiner Armut freuen, denn ich bin wenigstens sicher, geliebt zu sein, wenn man um mich wirbt!“ Sie batte nach ihrer Wei leidenschaftlich und hart gesprochen. Jetzt bläute sie auf und erschraf.

(Fortsetzung folgt.)



subventionieren. Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Verhandlungen haben zu einer völligen Klärung der Notwendigkeit und der Aufgaben einer solchen Reichsanstalt noch nicht geführt. Eine Zentralstelle zur Förderung der Axtarbeit ist notwendig. Ob eine Reichsanstalt erforderlich ist, halte ich nicht für wahrscheinlich. Wir müssen aber dafür Sorge tragen, daß Deutschland in Bezug auf Axtarbeit dem Auslande gegenüber nicht nachsteht.

Drescher (konf.) begründet bei Titel „Förderung der Seefischerei“ eine Resolution auf Förderung der Ostseefischerei- und Hochseefischerei und führt aus: Die Fischereibevölkerung ist der beste Ersatz für unsere Marine. Deshalb ist es nötig, diesen Stand zu schützen. Die Regierung sollte sich mit den anderen Ostseestaaten in Verbindung setzen. **Erzberger (Ztr.)**: Der für die Hochseefischerei ausgeworfene Fonds ist nicht ganz verbraucht worden. Diese Ausgaben sind aber zweifellos sehr nützlich. Eine Erhöhung der Mittel für einen wirtschaftlich so wertvollen Produktionszweig ist erwünscht. **Görke (natl.)**: Der Resolution Drescher stimmen wir zu. Auch mit anderen Mitteln, wenn auch nicht gerade mit einer Zollerhöhung für Deringe würden wir einverstanden sein. **Dr. Hahn (konf.)**: Die Vorschläge Drescher sind zu begrüßen ebenso wie die von Erzberger vorgeschlagene Erhöhung des Reichszuschusses. Man könnte der Hochseefischerei auch mit geeigneten Frachtsäßen helfen oder auch damit, daß Seefische nur über unsere Hochseehäfen nach Deutschland eingeführt werden dürfen. **Spethmann (fortsch. Vp.)**: Die besten Maßnahmen der Regierung werden oft durch andere der Zollbehörden illusorisch gemacht. Dem Zoll auf Seefische will die Bevölkerung nichts wissen. Ministerialdirektor v. Jonquierres: Ueber die Resolution werden wir mit dem preussischen Ministerium in Verbindung treten. Die Verhandlungen mit den Eisenbahnbehörden wegen Herabsetzung der Frachttarife haben eine gute Aufnahme gefunden. Wir hoffen, noch manches zu erreichen. Eine Erhöhung des Fonds hat bisher die schlechte Finanzlage verhindert. Für Rangprämien können wir keine Gelder ausgeben. Sollte das Ausland unsere Kontrollmaßnahmen nicht ebenfalls anwenden, so könnten wir uns genötigt sehen, die Einfuhr von Seefischen auf dem Landweg zu verbieten. Nach kurzer weiterer Debatte wird der Titel und die Resolution dazu angenommen; desgleichen Titel 15, Maßregeln gegen die Reblauskrankheit.

Zu Titel 15a, Beitrag für die Zentralstelle für Volkswohlfahrt, begründet **Abg. v. Capdengst (konf.)** eine Resolution, die Landesregierungen mögen dem Verein für soziale innere Kolonisation Deutschlands zum Zwecke der Fürsorge für vorübergehende Arbeitslose nachhaltige Förderung und Unterstützung zu teil werden lassen. **Wassermann (natl.)**: Wir stimmen dieser Resolution zu. Staatssekretär Delbrück: Ich erkenne die Verdienste der Zentralstelle gerne an und bin bereit, im nächsten Jahre auf Erfüllung dieses Titels Bedacht zu sein, sobald die Finanzlage es zuläßt. Ein bestimmtes Versprechen kann ich nicht geben. In der Frage der Wanderarmen ist mit Polizeimaßnahmen oder Gesetzen nichts zu machen. Es ist eine Aufgabe, die nur vom Volk heraus gelöst werden kann. Können wir die Wanderarmen für Kulturzwecke für Oestlandereien verwenden, so wären sie einige Jahre beschäftigt und könnten sich ein eigenes Grundstück erwerben. Endlich käme auch eine Aenderung des Straßvollzugs in Betracht und vielleicht könnte Zwangsarbeit in Gottes freier Natur geleistet werden. Nach weiterer Debatte wird die Resolution gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen und der Titel bewilligt.

Reim Titel Aufwendungen für Einrichtungen und Veranstaltungen, die den allgemeinen Interessen des deutschen Handels und des deutschen Gewerbes dienen, liegt ein von mehreren Parteien unterstützter Zentrumsantrag vor, der eine Zentralstelle zur Hebung der deutschen Textilindustrie und die Hebung der Produktion von Textilstoffen in den deutschen Schutzgebieten fordert. **Abg. Schiffer (Ztr.)** begründet diese Resolution. **Deyer (fortsch. Vp.)**: Ein erheblicher Teil meiner Partei hält die Bildung einer Textil-Reichszentralstelle zur Zeit für nicht erwünscht. Sehr bald kann ein Elektro-Trost fertig dastehen. Das hat große Bedeutung für die bevorstehende Elektrifizierung der Eisenbahn. Beim kommenden Gesetz muß der Erleichterung der Monopolbildung entgegengetreten werden. Die Prüfung der Installateure soll den Handwerkskammern und nicht wie bisher den Gesellschaften selbst überlassen werden. Staatssekretär Delbrück: Eine Prüfung der Installateure vorzuschreiben, wäre der Befähigungsnachweis und zwar für einen speziellen Fall. Wir müßten also die Gewerbefreiheit aufheben. Bezüglich der Monopolisierung könnte man auch in den Konzessionen der Gesellschaft etwaigen Auswüchsen entgegenreten. Es gibt auch andere Mittel z. B. die Vergabe von Arbeiten an besonders qualifizierte Arbeiter. Die Gewerbeordnung gibt uns keine Möglichkeit, einen Zusammenschluß aller Elektrizitätsfirmen zu einem Unternehmen zu verhindern. Das können wir nur durch ein spezielles Elektrizitätsgesetz, durch ein Gesetz, durch das die Gewerbefreiheit beschränkt wird, oder durch das Wegerecht. **Dove (fortsch. Vp.)**: Rechtsmittel zur Verhinderung von Uebelständen in der Monopolbildung sind schon heute vorhanden. **Behrens (wirtsch. Vp.)**: Es ist ein dringendes Bedürfnis, daß unsere Baumwollindustrie durch eigene Rohproduktion vom amerikanischen Markt loskommt. **Dr. Hahn (konf.)**: Den tatsächlichen Missetaten in den Ueberlandzentralen muß entgegengetreten werden, wenn nötig, unter Beschränkung der Gewerbefreiheit. Leider fehlte der Einwohnerschaft bei der Kultivierung der Oestlandereien die praktische Erfahrung. **Abg. Dr. Wagner-Labian (fortsch. Vp.)**: In meinem Kreise können unendliche Flächen Moor kultiviert werden. **Dr. Pfeiffer (Ztr.)**: Für die wertvolle deutsche Farbenindustrie könnte wohl etwas mehr geschehen. **Görke (natl.)**: Es widerspricht nicht unseren Prinzipien, Monopole einer Gesellschaft zu belassen. Nach weiterer polemischer Debatte zwischen der Rechten und der Linken wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Der Titel wird bewilligt und die Resolution Schiffer angenommen.

Darauf wird die Weiterberatung um halb neun Uhr Uhr auf morgen Freitag Nachm. 1 Uhr vertagt.

Berlin, 16. März. Die Petitionskommission des Reichstags beantragt zu der Petition betreffend Festsetzung des Osterfestes folgende Resolution: Den Reichskanzler zu ersuchen, durch geeignete Maßregeln dahin zu wirken, daß entsprechend den Wünschen des Handwerker- und Gewerbetags und des deutschen Handelsstands die großen zeitlichen Schwankungen des Osterfestes beseitigt werden und das Osterfest auf einen bestimmten Sonntag festgesetzt wird.

Zum Etat des Reichsgesundheitsamts beantragt das Zentrum, die verbündeten Regierungen um Einbringung eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes betr. die Viehsuchen vom 26. Juni 1909 zu ersuchen, in dem die Entschädigungspflicht des Staates ausgedehnt wird auf Viehverluste, die durch die Maul- und Klauenseuche und deren Folgen herbeigeführt werden.

Die Redarkanalisation in der Schiffsabgabekommission.

Die Schiffsabgabekommission des Reichstags führte die Beratung über den Rheinstromverband zu Ende. Von einem Nationalliberalen aus Württemberg wurde die Meinung vertreten, daß die Kanalisierung des Neckars nur dann einen wirtschaftlichen Wert habe, wenn er bis Groß-Stuttgart durchgeführt werde. Durch die Natur begünstigte Landestücke sollten es auch billig finden, wenn denjenigen Landesteilen, die diese Vorzüge nicht genießen, von Reichswegen Entgegenkommen gezeigt würde. Der Berichterstatter, ein Zentrumsabgeordneter, hat, sämtliche Anträge abzulehnen. Wenn neue Projekte hinzutreten, müßte die Abgabe verdreifacht werden. **Minister v. Breitenbach** sagte: Wenn Mosel und Saar in die Vorlage einbezogen würden, würde die Abgabe mindestens fünfmal so hoch sein müssen. Gegen die Projekte der Mosel und Saar sprachen bedeutende Erwägungen, vorwiegend seien es wirtschaftliche Gründe. Es bestände die große Sorge, daß damit eine zum Teil vernichtende Konkurrenz gegen andere Landesteile geschaffen würde. Der Minister betonte mit Nachdruck, daß der Ausbau der Flüsse nach der Vorlage Landesache, also die Durchführung der Projekte vom guten Willen der Parlamente der Bundesstaaten abhängig sei. Er erklärte weiter, daß man heute noch gar nicht wissen könne, wie künftig die Eisenbahnfrachten gestaltet werden, wie dann alle Wünsche befriedigt werden sollen, die man jetzt mit einer Kanalisierung zu erreichen sucht. Ein sozialdemokratisches Mitglied hält bis jetzt den Beweis nicht für erbracht, ob durch eine Redarkanalisation der Verkehr auf dem Rhein mehr gefördert würde, als durch eine Mosel-Kanalisation. Es sei nicht angebracht, eine Bevorzugung des Rheins und des Neckars zuzulassen, da doch die Kosten vom Gesamtverehr getragen werden müßten. Was man der Mosel- und Saar-Regulierung verweigere, dürfe man den Nebenflüssen Main und Neckar auch nicht bewilligen. Eisenbahnminister v. Breitenbach führte aus, allerdings würde die Einbeziehung der Mosel dem Grundgedanken entsprechen; aber dadurch würden ungeheure Verschiebungen in unseren industriellen Verhältnissen eintreten, und das müsse man jetzt vermeiden. Ein fortschrittlicher Abgeordneter aus Sachsen wendet sich gegen die von einem Nationalliberalen aus Württemberg der Opposition unterstellte Absicht, die Vorlage durch Verpackung mit Projekten zum Scheitern zu bringen. Der Redner unterstützt die Bestrebungen des Mosel- und Saargebiets und insbesondere auch diejenigen, den Oberrhein von Basel bis Konstanz zu regulieren. Der bayerische Bundesratsbevollmächtigte wandte sich gegen die weitgehenden Projekte, gab aber zu, daß die Abgaben auf die Oberländer fallen und meint, daß alle Projekte, die in die Vorlage aufgenommen sind und die man jetzt miteinführt sehen will, Wechsel auf die Zukunft bedeuten. Von einem fortschrittlichen Abgeordneten wird festgestellt, daß die gestrige Verhandlung sehr zur Klärung beigetragen habe. Es bestünde zweifellos das Interesse, noch einige Projekte in die Vorlage einzubringen.

Berlin, 16. März. In der heutigen Reichstagskommission für das Schiffsabgabengesetz wurde § 1 des Art. II mit großer Mehrheit angenommen und zwar mit folgenden Änderungen: Zum Rheinverband gehören die Staaten: Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen mit dem Rhein von Konstanz (Vorlage: „von der schweizerischen Grenze“) bis zur niederländischen Grenze; mit dem Neckar von Ehlingen (Vorlage: „Heilbronn“) bis zur Mündung in den Rhein und mit dem Main von Bamberg (Vorlage: „Hofstauburg“) bis zur Mündung in den Rhein. Ferner wurde hinzugefügt: „sowie mit der Lahn von Siegen bis zur Mündung in den Rhein“, sowie „die Staaten Preußen und Elsaß-Lothringen mit der Mosel von der lothringischen Grenze bis Koblenz und der Saar von Prebach bis Konz“. Hinsichtlich des Reservetransports wurden Änderungen nicht beschlossen. In dem Entwurf wurde die Strecke der Saale bis Weiskensfeld einbezogen.

Der bayerische Ministerialrat v. Graßmann meint, es sei niemand in der Lage, über die Tragweite der vorhin gestellten Beschlässe und über die technische Durchführbarkeit der neubeschlossenen Projekte Auskunft zu geben. Das Gesetz werde mit den beschlossenen Erweiterungen unannehmbar sein. Es hieße die Deffektivität zuzulassen, wenn man die Reinigung aufkommen lasse, als ob die in § 8 vorgesehene Abgabensätze bei Durchführung der neuen Projekte sich aufrecht erhalten ließen. Eine ganz bedeutende Erhöhung werde die Folge sein müssen. Ein Kommissionsmitglied fährt aus: Der springende Punkt bei der Prüfung der einzelnen Projekte sei die Frage nach Leistung und Gegenleistung. Ein anderes Mitglied erklärt, die Abstimmung über § 1 beweise das Verlangen nach einer großzügigen Strombaupolitik. Wie die Regierung auf dies Verlangen ein, dann werde sie die nötige Unterstützung finden. Ein Vertreter des preussischen Finanzministeriums bittet, die neuen Projekte nicht in die Vorlage aufzunehmen. Der Minister der

öffentlichen Arbeiten erklärt, auch die Regierung wolle eine großzügige Wasserstraßenpolitik, aber sie halte sich an die Wirklichkeit und mache keine Vorschläge, deren finanzielle Tragweite sie nicht übersehe. Von einer Geheimniskammer der Regierung könne ernstlich nicht gesprochen werden. In jeder technischen Aufklärung sei die Regierung bereit. Von einer Veröffentlichung der technischen Pläne könne aber nicht die Rede sein. Im Laufe der Diskussion wird auch klar gestellt, daß ein einzelner Bundesstaat ohne seine Volksvertretung durch Verlegen der erforderlichen Gelder zwar die Ausführung von Strombauarbeiten, aber nicht die Erhebung von Schiffsabgaben verhindern könnte. Wenn z. B. der sächsische Landtag für die Verbesserung des Elbelaufes nichts bewillige, so bleibe vielleicht die sächsische Elbestrecke unverändert. Die Abgaben würden jedoch trotzdem allgemein erhoben werden können, falls nur Preußen einen Teil der Arbeiten ausgeführt habe.

Die Debatte wird darauf auf Freitag vertagt.

Die Sächsischer Reichstagswahl.

Sachsen, 16. März. Die heute abgehaltene Vertrauensmännerversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei, die auch vom Lande zahlreich besucht war, beschloß nach kurzer Aussprache, den Wählern zu empfehlen, in der Stichwahl für den Sozialdemokraten Beckmann zu stimmen.

Die Kalifrage.

Die am Donnerstag in der Budgetkommission des Reichstages vorgenommene Abstimmung über die Verwendung der Kaliabgabe zur Hebung des Kaliabfuges hatte folgendes Ergebnis: Für den Ersatz der dem Reich aus der Ausführung des Kaligesetzes entstehenden Kosten bekommt das Reich eine halbe Million. Zu Propagandazwecken im Ausland sind zwei Millionen Mark bestimmt. Für praktische Versuche sowie für wissenschaftliche Arbeiten und Versuchsanstellungen zur Hebung des Kaliabfuges nach näheren Bestimmungen des Bundesrats werden 1 100 000 Mark verwendet, wovon landwirtschaftliche Korporationen, Genossenschaften und Verbänden 600 000 Mark zufließen; zur Förderung der Moor- und Gaidkulturen 100 000 Mark. Zu Vergütungen an von der Verteilungsstelle zu bestellende Kontrolloren und Probenehmer sollen 100 000 Mark verwendet werden, zur Bestreitung der Kosten für Untersuchung der Empfängerproben 700 000 Mark. 200 000 Mark sind bestimmt für Hebung des Anbaues tropischer und subtropischer Kulturgewächse in den deutschen Schutzgebieten und der Rest der Abgabe, nach der Schätzung im Etat 300 000 Mark, fließt in den Reservefonds. — Die Spezialisierung des Verwendungszwecks der Kaliabgabe wurde von der Budgetkommission mit 16 gegen 12 Stimmen beschloffen. Dagegen stimmte die gesamte Linke und Dr. Heim.

München, 16. März. Die Winterkrise in der Pfalz hat nach den letzten Meldungen eine Wendung zum Besseren genommen. Die Regierung hat eingewilligt, daß nur etwa ein Drittel der Weinbergbesitzer die Reben abbrechen hat. Damit ist dem Konflikt die Spitze abgebrochen, und die Ruhe beginnt in den aufgeregten Bezirken wieder einzufahren.

Berlin, 16. März. Der Reichsanzeiger meldet die Verleihung des Kronenordens 2. Klasse an die stellvertretenden württembergischen Bundesratsbevollmächtigten Dr. von Köhler und Schleichauf.

Elsaß-Lothringen, 16. März. Im Landesauschuß von Elsaß-Lothringen erwiderte auf Klagen des Abg. Weber, daß den französischen Offizieren bei ihren Besuchen in Elsaß-Lothringen Schwierigkeiten gemacht würden, Unterstaatssekretär Mandel, der Reichskanzler habe der französischen Regierung von den Schwierigkeiten Kenntnis gegeben. Die französische Regierung selber verlangt, daß solche Offiziere erst bei ihr um Genehmigung einkommen. Auch diesseits sehe man solche Besuche im Reichsstand nicht gern, namentlich im Interesse der Landesverteidigung, da ein Offizier immer mehr sieht als sich wäre. Andererseits bedauere die Regierung, daß sich immer noch solche Angehörige von Kaiser-Familien nach Frankreich melden, um dort in das Heer einzutreten. Das letztere wurde auch vom Abgeordneten Weiterle bedauert mit der Begründung, daß jeder Einheimische, der fortgehe, einem Fremden Platz mache.

Breslau, 16. März. Bei der gestern vorgenommenen Urabstimmung der Zentralstelle Breslau des Deutschen Holzarbeiterverbands wurde mit drei Stimmen Mehrheit beschlossen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen.

Zusland.

Paris, 16. März. Die Sicherheitspolizei hat der Bande von sechs internationalen Dieben festgenommen, die seit langer Zeit von der Staatsanwaltschaft in Paris, Brüssel, Mailand und Berlin gesucht waren. Der Führer der Bande, ein gewisser Broof besaß eine ganze Falschmünzwerkstätte. Die Bande hatte im Ausland, namentlich in der Rheinprovinz, bedeutende Diebstähle ausgeführt und die erbeuteten Wertgegenstände durch ihre Genossen in Frankreich verlaufen lassen.

Nizza, 17. März. Bei der Reinigung eines Bohrhofaborts wurden Juwelen im Wert von 200 000 M. aufgefunden.

Konstantinopel, 17. März. Die Kammer hat einen Antrag angenommen, die Juwelen des Exultans Abdul Hamid zu verlaufen und aus dem Erlös die von Deutschland angekauften Kriegsschiffe zu bezahlen.

Peking, 16. März. Die Regierung kündigt an, daß sie bereit sei, der Errichtung der Konsulate unabhängig von der Regelung der Zölle zuzustimmen, die gebildet werden können und ebenso die unangenehm empfundenen Monopole einzuschränken. Die Bevölkerung beginnt, sich mit der Föhrung der auswärtigen Politik unzufrieden zu zeigen. Die Provinzialversammlungen ver-